

Verwendung der beigefügten Bilder des BUND-Odenwald im Zusammenhang mit dieser Mitteilung freigegeben.

05.02.20 - Pressemitteilung 2020-6:

Protest gegen geplante Baumfällung

Am Mittwoch fanden sich Aktivistinnen des BUND Odenwald zu einer spontanen Demonstration gegen geplante Baumfällungen an der B 460 bei Hüttenthal ein. Sie wenden sich gegen das Abholzen von 7 Eichen, die etwa 120 Jahre alt sind und gesund aussehen. Etwa 100m östlich der Gastwirtschaft ‚Zur Schmelz‘ plant die Straßenbehörde des Landes - ‚Hessen Mobil‘ - seit 2012 eine Kurve mit einem größeren Kurvenradius. Grund für die Planung war ein sogenannter Unfallschwerpunkt auf diesem Streckenabschnitt vor 2012. In Fahrtrichtung Westen ist die zulässige Geschwindigkeit auf 40km/h begrenzt. Die aktuelle Unfallstatistik enthält an der Stelle einen Unfall mit Schwerverletzten in 2017 und keine Unfälle in 2016 und 2018. Offenbar waren die Ordnungsmaßnahmen erfolgreich - eine Verbesserung durch einen ‚Blitzer‘ würde 20.000€ kosten.

BUND-Mitglieder schlagen Demonstration vor

Mit dem fachlich korrekten Vorgehen der Straßenbehörde wollten sich Mitglieder des BUND nicht zufrieden geben. Sie stellten die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit, wertvolle alte Bäume für ein paar Sekunden Fahrzeitverkürzung zu opfern. Die Planung der Behörde, das Fällen der alten Odenwälder Bäume durch die Erhaltung alter Eichen in Büdingen auszugleichen, rief bei den Umweltschützern nur Kopfschütteln hervor. Durch ihren öffentlichen Protest erhoffen sich die Bürgerinnen, dass die veraltete und zum Schutz von Menschenleben nicht nötige Planung wieder in der Schublade verschwinden möge. Diesen Aufenthalt hatte sie bekanntlich die letzten 8 Jahre, ohne nennenswerten Schaden anzurichten.

Behörden müssen geänderte Einstellung der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) appelliert mit seiner Aktion an das Straßenbauamt, die heute geltenden Vorschriften der Planaufstellung anzuwenden. Die offensichtliche Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Anordnungen der Ordnungsbehörde sollte zur Kenntnis genommen werden. Es verdeutlicht den geringen Stellenwert, den alle anderen Verkehrsteilnehmerinnen bei Hessen-mobil haben, wenn wieder einmal eine autozentrierte Planung durchgesetzt werden soll. Weder für Fußgänger, Radfahrerinnen noch für die Natur leistet diese Planung einen positiven Beitrag.